

Zocker zur Kasse!

Finanztransaktions- und Millionärsteuer einführen

Spekulanten attackieren den Euro. Der Internationale Währungsfonds, die Europäische Union und die Bundesregierung haben ein Rettungspaket über 750 Milliarden Euro geschnürt. Gerettet werden damit erneut die Banken, die an den Schulden Griechenlands bzw. der Euro-Staaten verdienen. Dabei waren es Banken und Zocker, die mit der Finanzkrise Staaten in die Pleite trieben. Die Rechnung bezahlt die Bevölkerung in ganz Europa mit Entlassungen, Lohn- und Rentenkürzungen sowie Sozialabbau.

Brandstifter zocken, Banken machen Kasse

Spekulanten treiben mit Kreditausfallversicherungen (Credit Default Swaps) die Zinsen und Staatsverschuldung hoch, auch wenn sie gar keine Kredite an Euro-Staaten geben. Das ist wie eine Feuerversicherung auf das Haus des Nachbarn - ein Bombengeschäft für Brandstifter. Zudem leihen sich Banken bei der Europäischen Zentralbank (EZB) billiges Geld und verleihen es zu Wucherzinsen an Euro-Staaten.

Lohn- und Steuerdumping gefährdet Europa

Deutschland verkauft wegen seiner Billiglöhne mehr Waren und Dienstleistungen ins Ausland als umgekehrt. Unsere EU-Partner müssen sich daher immer stärker bei uns verschulden. Dies hat ihnen das Genick gebrochen. Zudem konkurrieren die EU-Staaten um die niedrigsten Steuern für Reiche und Konzerne.

Regierung rettet Banken und Zocker, nicht den Euro

Die Bundesregierung hat nichts getan, um die Spekulanten zu entwaffnen, die Verursacher und Profiteure der Krise in die Pflicht zu nehmen und die europäische Wirtschaftspolitik besser zu koordinieren.

Stattdessen sollen die Euro-Staaten mitten in der tiefsten Wirtschaftskrise seit 80 Jahren sparen. Dies wird die Krise vertiefen und die Schulden weiter in die Höhe treiben.

Finanzhaie zur Kasse

DIE LINKE fordert dagegen ein Verbot von Credit Default Swaps, die der Multi-Milliardär Warren Buffet „finanzielle Massenvernichtungswaffen“ nennt. Sie will eine Finanztransaktions- und eine Millionärsteuer einführen. Die EZB soll zudem Staaten ohne Umweg über die Banken Geld leihen. Außerdem kämpft DIE LINKE für eine europäische Wirtschaftsregierung, die Lohn- und Steuerdumping beendet.

www.linksfraktion.de/eurozone

Finanztransaktionssteuer ist die Mehrwertsteuer auf Finanzprodukte: Die Mehrwertsteuer ist eine Besteuerung des Warenverkehrs. Der Kapitalverkehr ist derzeit noch nicht besteuert. Lediglich Zinsen werden besteuert. Der Kauf und der Verkauf von Aktien ist steuerfrei. Umsätze auf den Finanzmärkten, ob mit Aktien, Währungen oder sogenannten Derivaten (z.B. Wetten auf Rohstoffpreise), sollen mit mindestens 0,05 Prozent besteuert werden. Das bringt nach Berechnungen des österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung in Deutschland etwa 13 Milliarden Euro jährlich. Kleine Sparer werden überhaupt nicht belastet, langfristige Anleger nur einmal. Der schnelle Kauf und Verkauf von Aktien, Anleihen und Derivaten im Sekundenkontakt wird teurer. Finanziell getroffen werden Spekulanten. Dadurch entsteht eine Lenkungswirkung: Wird es zu teuer, kurzfristig zu spekulieren, kann die Spekulation ein wenig eingedämmt werden.

